



Katrin JADIN
Föderalabgeordnete
Stadtrat in Eupen

PRESSEKOMMUNIQUEE

- Brüssel, den 29. Februar 2012 -

Katrin Jadin verlangt Klarheit bezüglich der Besteuerung durch die Bundesrepublik Deutschland für die Pensionen der belgischen Zwangssoldaten des 2. Weltkrieges

Trotz einer seit langem entschiedenen Steuerbefreiung, verlangt der deutsche Fiskus auch weiterhin von den Belgiern, die im 2. Weltkrieg zwangseingezogen wurden, einen Steuerbeitrag auf die kleine Kriegsrente, die die Bundesrepublik Deutschland den Zwangssoldaten ausgezahlt. Katrin Jadin möchte nun Klarheit und verlangt von Finanzminister VAN ACKERE, dass dieser die Situation mit unseren deutschen Nachbarn schnellstens aufklärt.

Es scheint mehr als logisch, dass diese Pensionen, aufgrund des besonderen Kontext des 2. Weltkrieges und vor allem aufgrund des zwingenden Charakters der Einberufung in die Wehrmacht einiger Belgier, auch Gegenstand einer absoluten Steuerbefreiung sein müssen, genauso wie dies für die Zwangsarbeiter dieser „dunklen Epoche“ nun vorgesehen ist.

Der Deutsche Bundestag hatte dennoch hierfür im vergangenen November eine Besteuerung von 17% sowohl für die Zwangsarbeiter, wie für die Zwangssoldaten verabschiedet.

Infolge dieser Entscheidung hatte der damalige belgische Finanzminister Didier REYNDERS mit seinem deutschen Homologen eine Abschaffung dieser Besteuerung ausgehandelt. Belgier, die sich in dieser Situation befinden, müssen dem deutschen Steuerbescheid in dieser Sache nun keine Folge mehr leisten und können ebenfalls ein entsprechendes Formular beim FÖD Finanzen einholen oder vom Internetportal runterladen, um die eventuell schon gezahlte Steuer zurück zu

Aber dennoch bleibt eine Konfusion bestehen, da das besagte Formular sich nur an die Zwangsarbeiter richtet und nicht die Zwangslagen vermerkt, die sich ja in der gleichen Situation befinden.

„In Ostbelgien, besonders in der DG, sind während des 2. Weltkrieges, zahlreiche Bürger zwangseingezogen worden, die heute Klarheit zu Ihrer Situation haben wollen“, so die Föderalabgeordnete Katrin JADIN, die nun von Finanzminister VAN

ACKERE eine präzise Stellungnahme verlangt. Es kann nicht angehen, dass diese Personen nun unter dieser nebelösen Situation leiden..

FÜR MEHR INFORMATIONEN, KONTAKTIEREN SIE KATTRIN JADIN

GSM : 0478 333 417 | mail : kattrin@jadin.be

Presseattaché : Marie Stasse (fr) : marie.stasse@jadin.be 0472/20.35.02